

Die Welt



Die Welt

10 Pfennig

Geegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur: Max A. Handstein. Carl Misch, Berlin. Druckerei: Ullsteinhaus, Berlin. Preis: 10 Pfennig.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Vertrieb: Zentrale Ullstein, Amt Dönhofsplatz 5000-3663 für den Fernverkehr; Amt Dönhofsplatz 3666-3638. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheinigung Berlin 66

Auf dem Wege zur Balkkonferenz

Brands zweite Note

Der Vorkonferer der französischen Republik, die Marquet, hat sich für morgen in der Weilmannsche eingeladen, um den Reichs- und Arbeitsminister Dr. Brüningmann zu diesem Zwecke zu sehen. Der Reichsminister hat sich zu diesem Zweck gestern von seinem zarten Urlaub nach Berlin zurückgekehrt — die französische Antwortnote betreffend den Eiderelbstpatent zu übermitteln. Wie die erste Note Brands, trägt auch die zweite Antwort lediglich die Unterschrift der französischen Regierung, wird aber im Einvernehmen mit den allierten Mächten, wenn auch nicht in ihrem Namen, übergeben.

In seiner Juni-Note hat der französische Ministerpräsident die Verhandlungen über ein Eiderelbstpatent, die in dem deutschen Föderal-Vertrag angedeutet worden waren, mit 10 Millionen neuen Franken und Reichsmark bedacht, daß der ursprüngliche Charakter des deutschen Angebotes fast verwechselt wurde. In seiner neuen Note bezieht sich der französische Ministerpräsident etwas mehr auf das eigentliche Thema: den Eiderelbstpatent in Weien, durch den alle vertragsgeschäftlichen Mächte die gegenwärtigen territorialen Grenzen zu wahren sich verpflichten. Auch die Offerte wird befristet; von den Eiderelbstpatentverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei ist die Rede, aber anschließend mehr in der Form einer Anregung als einer Bedingung, auch ohne daß Frankreich die Stelle der Garantistat für sich in Anspruch nimmt, und für den Eventualfall die ausstellenden Mächten. Von dem Durchmarschrecht Frankreichs, von dem in der Juni-Note so viel die Rede gewesen ist, enthält die jüngste Brandtsche Note anschließend kaum ein Wort. Dagegen soll nach zuverlässigen Mitteilungen, an der Förderung des bedingungslosen Eintrittes Deutschlands in den Weilerbund als der entscheidenden Voraussetzung für den Weilerelbstpatent im Westen festgehalten werden. Eine formelle Einladung zu der Konferenz enthält die Note Brands, wie berichtet wird, nicht. Es ist aber wohl nicht ausgeschlossen, daß in den mündlichen Erklärungen des französischen Vorkonferers zu der schriftlichen Antwort das Thema der Konferenz angeklungen wird.

Man wird die Veröffentlichung des Wortlautes der französischen Note abwarten müssen, ehe man sich ein endgültiges Urteil darüber bilden, inwieweit sie die Ausnahmen aus dem halbselbstständigen Eiderelbstpatent erweitert. Auch allein, was man über ihren Inhalt hört, scheint sie aber dem Fortbestehen und der Ausdehnung auf den Osten, als die erste Note Brands. Zwei wichtige Bestimmungen erlangender Verhandlungen fallen: der Anspruch Frankreichs, als Garantistat für die Eiderelbstpatentverträge in Osten anerkannt zu werden und der Anspruch auf das Durchmarschrecht.

Was den Eintritt Deutschlands in den Weilerbund anbelangt, so weiß man ebenso gut in London wie in Paris, daß die deutsche Regierung auf die Modifikation des Artikels 16 des Weilerbundesvertrages besteht und sich unter keinen Umständen der Gefahr aussetzen will, daß Deutschland bei einem Beitritt mit Ausland im Vertrag als Durchmarschgebiet wird. Dieser Entschluß der deutschen Regierung und das Verlangen der Alliierten nach bedingungslosem Eintritt scheinen schief und unüberbrückbar einander gegenüberzustellen. Aber die Weide kann vom Weilerbund selbst geschlossen werden, wenn er Deutschland aus der Verpflichtung des Artikels 16 entlastet. Trägt der Weilerbund diesen durchaus begründeten Wunsch Deutschlands Rechnung, dann hebt einen bedingungslosen Eintritt in den Weilerbund nichts mehr im Wege. Es ist anzunehmen, daß nach der Lieberstellung der französischen Antwortnote in im Urlaub befindlichen Reichsminister für bald nach Berlin zurückkehren wird und das Reichsamt möglichst rasch seinerlei Stellung nehmen wird. Die nachfolgende Frage wird die sein, ob die französische Note es gestattet, die schriftliche Diskussion aus das Eiderelbstpatent abzugeben und in unmittelbare mündliche Verhandlungen einzutreten, die gewiß förderlicher wäre.

Mit dem Konferenzanfang hat man sich auch schon in Paris damit gemacht. Aber offenbar hält man dort noch immer verkehrten Anspruchs für erforderlich. Der Vorkonferer zu Juristenkonferenz, den man schon für abgehan halten durfte, und der eine Zusammenkunft der Außenminister in Genf ist in den jüngsten Tagen wieder aufgetaucht. Was eine Juristenkonferenz eigentlich erreichen soll, ist nicht ganz deutlich. Es handelt sich um ein Abkommen eminent politischen Charakters, bei dem in erster Reihe die Politiker und erst in zweiter die Juristen das Wort haben müssen. Wenn eine Konferenz der Juristen, freilich die Möglichkeit der Besetzung. Beim Außenminister würde von seiner Regierung unbedingte Vollmacht ausgehen. Es wären also dauernde Mitglieder bei den Sitzungen erforderlich, die ohne den Vorteil der unmittelbaren Verhandlung schwer Entscheidungen treffen könnten. Eine

Konferenz der Außenminister würde also nur zutretend und leihen Endes doch wieder nur informierend sein. In der Weilmannsche scheint man jedenfalls einer Zusammenkunft der Außenminister während der Weilerkonferenz in Genf, wie sie ursprünglich geplant war, durchaus abgeneigt zu sein. Es ist auch nicht einzusehen, warum man sich erst lange Zeit mit vorbereitenden Verhandlungen aufhalten will, die die entscheidenden Verhandlungen doch nur auf einer Konferenz in der Art der Londoner 1924 geführt werden könnten. Doch eine solche Konferenz noch vor der Weilerkonferenz stattfinden könnte, scheint in unabweislich zu sein. Die Zeit dafür wäre zu kurz, würde nicht auf Ende September oder auf den Oktober gelegt werden können. Aber die Aufnahme Deutschlands in den Weilerbund könnte in einer Sonderkonferenz erfolgen, wenn erst die Voraussetzungen für sie geschaffen sind und wenn man erst zu dem Eiderelbstpatent gelangt ist. Die Hauptfrage bleibt die Einigung über die Basis des europäischen, des Weilerbundes. Der Eiderelbstpatent kann nur auf einer Konferenz der an ihm interessierten und beteiligten Staaten erreicht werden.

Die „Petit Parisien“ teilt mit, wird die französische Antwortnote an Deutschland am Dienstag veröffentlicht werden.

Der Arbeitsminister bemißt

Wie wir erfahren, hat der Reichsarbeitsminister zum Freitag nachmittag die bauergerichtlichen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zu erneuten Einigungsverhandlungen eingeladen. Die Arbeitgeber hatten den Schlichter angenommen, während er von den Bauarbeitern abgelehnt worden war. An dieser Stelle war bereits auf die Weilerelbstpatent hingewiesen worden, daß der Reichsarbeitsminister von sich aus eingreifen werde, wenn eine Einigung nicht zustande komme, um die Fortführung lebenswichtiger Bauten sobald wie möglich sicherzustellen. Da neben beiden Parteien auf der Dienststelle sehr viel an der Beilegung des Streites liegt, ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen die einigende Formel gefunden wird, so daß die Arbeit in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden kann.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Bauwesen hat die Gesamtsperierung der bauergerichtlichen Arbeiter im ganzen Reichsgebiet für den 28. August beschlossen. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, ehe die Sicherheit bestand, daß der Reichsarbeitsminister zum Freitag nachmittag eingreifen würde. Er ist zu erwarten, daß der Arbeitstriebe in den jetzt nicht betroffenen Gebieten nicht gestört und in den anderen Gebieten halbunabhängig weitergeführt wird.

Löhne und Produktionsreform

Nachrichtendienst der „Börsenzeitung“

w Osnabrück, 20. August
Der im Lohnstreit des heimisch-wirtschaftlichen Eisenhüttenwerkes gefaßte Schlichterpruch, durch die alte Lohnsetzung vom 22. April 1925 wieder in Kraft gesetzt und die Ansprüche der Parteien auf Erhöhung bzw. Ermäßigung von Gehältern zu rückgekehrt werden, hat zu weitgehender Zustimmung die von geschäftlicher Gemeinschaft ist. Es heißt dort:
„Die Gewerkschaften haben die Lohnordnung gefällig und eine Erhöhung der Löhne um 5 v. H. gefordert. Der Arbeiterbund verlangt Einführung von Sparmaßnahmen und die schärfste Verwerfung des Leistungsprinzips. Differenzierung nach der Leistung der einzelnen Arbeiter. Davor bewegen sich die Löhne im Arbeiterbund etwa um 10 v. H. unter den realen Preisverhältnissen. Eine Erhöhung würde deshalb sowohl ein Fortschritt als auch ein Verstoß gegen die Lohnordnung sein, die infolge mangelnder Rentabilität der Werke zu Preisrückführungen führen, die den ohnehin höchsten Aufschlag der Rohle zu mindern im Auslande und in den unrentieren inneren deutschen Absatzmärkten weiter vermindern würde. Die dadurch entstehenden Nachteile der Preisrückführungen werden aber für die Arbeitstriebe durch Lohn-erhöhung einen Verlust an Arbeitslohn, für die Werke eine Steigerung der Betriebskosten bedeuten. Außerdem besteht die Gefahr, daß Entlassungen von Bergarbeitern in unerwünschten Ausmaß erfolgen. Es liegt im Interesse aller am Bergbau Beteiligten, daß eine Angleichung der Förderung an den Verbrauch vorgenommen und damit eine rentablere Gestaltung der Rohlewirtschaft erreicht wird. Diese Angleichung ist in der Entwurfsstudie begründet und läßt die Hoffnung zu, daß die wirtschaftliche Organisation des Bergbaues wieder gefunden werden.“

„Preisabbau“

Von Dr. Hans Darg
Die Parole des Tages lautet: Preisabbau. Die Preisabbau-Konferenz hat zwei Funktionen: sie wendet sich gegen die Uebergewinnung der Produzenten oder Händler und gegen überflüssige Steuern, die in der Folge schlechter Organisation auf der Ware liegen. In dieser Richtung bewegt sich die Energie der Berliner Preisabbaugesellschaft, die der Preisreduzierung zuliebe gehen will. In demselben Sinne hat sich der Zentrumsabgeordnete Stegerwald ausgesprochen, als er auf einer Arbeiterversammlung wegen der Haltung seiner Fraktion zur Zolltariffreie interpretiert wurde. Stegerwald hat damit einen Gedanken ausgesprochen, der die Abkäufer der Waren in letzter Reihenfolge für das Zollkommissionen aufgreifen sollte. Dr. Lutter hat stehende Preisreduzierung in Aussicht angelehnt der Preisreduzierung, die schon die Untertreibung der Zölle zur Folge gehabt hätte und die ihre Inkrafttreten notwendig weiter nach sich ziehen müßte. Das war, so paradox es klingt, kein ungeschickter Schachzug. Eine Preisabbau-Konferenz, eingeleitet in dem Augenblick, in dem Steuer- und Zollgesetz geändert waren, konnte sich selbstverständlich nicht gegen die Umlagen der Steuererhöhung, sondern nur die öffentliche Erörterung von den politischen Maßnahmen, die zur Kritik herausfordern, abspielen und über die Privatwirtschaft, auf andere Umstände, die ebenfalls veränderbar wären.

Die Vermählungen, auf dem damit gemeinten Wege preisreduzieren zu werden, sind gewiß zu begrüßen. Nicht nur im unmittelbaren Interesse der Abkäufer, sondern auch der Produktion müßen, die infolge der hohen aber die innere Kaufkraft hinuwegenden Preise in immer größerem Umfange zu erliegen droht.

Ob freilich mit Preisreduzieren gegen einzelne Zweige der Wirtschaft, besonders gegen den Handel, Erfolge zu erzielen sind, muß mit Vorsicht beurteilt werden. Groß sind die Uebergewinne sicher nicht, die heute von Händlern oder Exporteuren gemacht werden können. Im allgemeinen müßen die Nachfrager weit hinter dem Angebot her. Die letzte Preisreduzierung, die in einzelnen Branchen zu verzeichnen ist — in der Textilindustrie der Woll der Konfektion beiher, als man für den Spinnstamm, der fast ausschließlich Konjunkturleidend, erwartet hätte — hat ihre Wirkung hauptsächlich darin, daß der Händler bereits an die Grenzen der Rentabilität herangewogen, weil er durch die Kapitalknappheit gezwungen wird, sein Lager zu räumen. Man kommt teilweise eine Art von „Inflationssphäre“ zu verzeichnen, die entgegen, die nicht ohne Grund — ein weiterer Beweis — die Preise bestärken. Sollte es sich trotzdem in einzelnen Fällen freilich lassen, daß ungeschickter hohe Unternehmensgewinne auf die Ware ausgedehnt werden, so ist mit dieser Feststellung wenig erreicht. Die Erfahrungen der Inflationen zeigen, daß es nicht möglich ist, zahlreiche Kaufkraft auf das Gesicht zu zittern und viel Geld zu betreiben, nicht aber, den Preisverfall durch politische Kontrollen nachdrücklich zu beeinflussen.

Bedauerlicher können schon Unternehmungen werden, durch die auf unrationelle Verwirklichung hinwärtigen, die durch die Preisreduzierung freigegeben wird, allerdings bei den großen öffentlichen Betrieben einleitet. Dr. Lutter hat in der schon zitierten Reichstagsrede das „gute Beispiel“ als verlässlichen Faktor ins Feld geführt. Man darf danach erwarten, daß die Reichs Wirtschaft mit der Preisreduzierung der öffentlichen Betriebe vor allem die Post und die Reichsbahn zunächst einmal vorzuziehen werden, das gute Beispiel zu geben. In der freien Privatwirtschaft handelt es sich hauptsächlich darum, Betriebe mit geringer Produktivität — zum Beispiel im Bergbau — und unrentable unternehmende Wirtschaftsbereiche im Handel abzuschließen. Das kann aber weiter in diese Richtung gehen, wenn die öffentlichen Betriebe, dessen Fortschrittigen, dessen Fortschreiten vielfach als Verwirklichung der Wirtschaftskräfte angesehen wird, das aber in Wahrheit gesund und unvermeidlich ist.

Unter der Voraussetzung, daß die politischen Forderungen nicht verfehlt werden müßen, besteht die Steuererhebung noch die Zolltariffreie sind für die Ermöglicht geboren. Ihre Auswirkung wird auch denjenigen großen Kreisen der Wirtschaft die Türen öffnen, die blind gehorchen das Bild der Preisreduzierung und der Stromkraft-Unterhändler in den Weilerelbstpatent des Weilerbundes hinuntergehen haben. Die Steuererhebung wird abnehmend, und die Zolltariffreie ist ausdrücklich nur als Provisorium bezeichnet worden. Die Regierung hat die Ermächtigung zur Preisreduzierung, allerdings auch zur Preisreduzierung der Rohle erhalten. Die große Rolle der Rohle hat in der Folge, bei ihrer Vorbereitung darf sich die Wirtschaft nicht durch den politischen Taktiken und Spindels mühen lassen. Die nächste wirtschaftspolitische Aufgabe besteht im Abschluß von Handelsverträgen. Die Zolltariffreie wird nicht überflüssig, wenn die Handelsverträge nicht ermöglicht werden können, nur für Reich festgelegt. Im